

## Jung: AdBlue-Versorgungsprobleme müssen von Landesregierung und Verkehrsminister Hermann ernst genommen werden

Politischer Druck auf Bundeswirtschaftsminister Habeck von Landes-Grünen notwendig.

Nach einem Gespräch mit dem Bundesverband Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung (BGL) e.V. sagte der verkehrspolitische Sprecher der FDP/DVP-Fraktion, **Dr. Christian Jung**:

„Nach dem Produktionsstopp eines großen AdBlue-Produzenten in Sachsen-Anhalt wird es in den kommenden Tagen auch wegen verringerten Produktionsmengen der zwei verbleibenden Produzenten 40-60 Prozent weniger AdBlue in ganz Deutschland und ebenso in Baden-Württemberg geben. Dies ist schon deshalb eine große Herausforderung, da man das Reinigungsmittel AdBlue nicht so einfach in größeren Mengen über längere Strecken in Flüssigcontainern transportieren kann und dezentral produzieren muss.“

Ich teile deshalb die Befürchtung aus der Logistik-Branche, dass es wegen des AdBlue-Mangels schon bald zu Versorgungsproblemen kommen kann. Umso erstaunlicher ist es, dass sich der zuständige Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck bisher geweigert hat, dieses Thema mit der Chemie- und Logistikbranche zu besprechen und eine gemeinsame Lösung zu finden, wie die Produktionsmengen wieder gesteigert werden können. Neben dem Abbruch von Logistikketten können längere Versorgungs-Unterbrechungen immer auch zu Insolvenzen führen, was für Baden-Württemberg furchtbare wirtschaftliche Folgen hätte.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Landes-Verkehrsminister Winfried Hermann sind nun aufgefordert, auf Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck Druck aufzubauen, damit sich dieser und sein Ministerium mit grünen Staatssekretären und Spitzenbeamten auf allen Ebenen endlich mit dem AdBlue-Thema intensiv beschäftigen und zusammen mit der Wirtschaft eine Lösung finden. Denn ohne Lkw-Verkehre und Brummis bricht die Versorgung und wirtschaftliche Leistung in Deutschland und im Südwesten zusammen. Dabei ist es von enormer Bedeutung, dass sich die Grünen auf Landes- und Bundesebene mehr mit der Logistik und wirtschaftlichen Zusammenhängen insgesamt beschäftigen.“